

Marzahn- Hellersdorf **links**

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

Das LINKE WIRTSCHAFTSFORUM Marzahn-Hellersdorf lud wieder zum Unternehmerfrühstück ein. Gast war dieses Mal Wirtschaftsminister Harald Wolf (DIE LINKE). Das Forum sucht weitere MitstreiterInnen! Seite 3

Die Situation ist kompliziert, was die Ringkolonnaden angeht. PolitikerInnen der LINKEN setzen sich für deren Erhalt ein, und es geht dabei auch um die Durchsetzung des Koalitionsvertrages zwischen SPD und der LINKEN. Seite 5

Die Jugendseite - die dritte in Folge - mit den Themen: Und wieder keine Hilfe für die Menschen in Afghanistan / ... bye-bye, Kino SOJUS / C wie Chancengleichheit und Tipps, wie man Kontakt zur Linksjugend bekommen kann. Seite 7

Kienberg oder Kilimandscharo?

Klausur des Bezirksvorstandes zu Schlussfolgerungen aus der Mitgliederbefragung

Vor einigen Tagen sprach mich ein Mann an. Er wollte wissen, wie unsere „Wahrheit aussieht“. Er sei schon einmal von der Partei enttäuscht worden und hatte sich von ihr abgewandt: nur große Worte, viele Schönredner, k(l)eine Taten. Sind Sie jetzt, fragte er, weiter? Was ist Ihr Ziel? Wie wollen Sie das schaffen? Haben Sie die Füße auf dem Boden? Kann ich meinem Bekannten - einem von Hartz IV Betroffenen - wirklich zusagen, die Partei DIE LINKE hilft Dir?

Ich atmete erst mal tief durch und begann, von der neuen LINKEN, von „Programmatischen Eckpunkten“, schwierigen Prozessen, Mitgliederbefragung, Analyse, eigenem Nachdenken und ehren Zielen zu erzählen. Ich gab ihm einige Seiten Papier zum Nachlesen, und wir verabschiedeten uns mit: „Vielleicht auf Wiedersehen!“

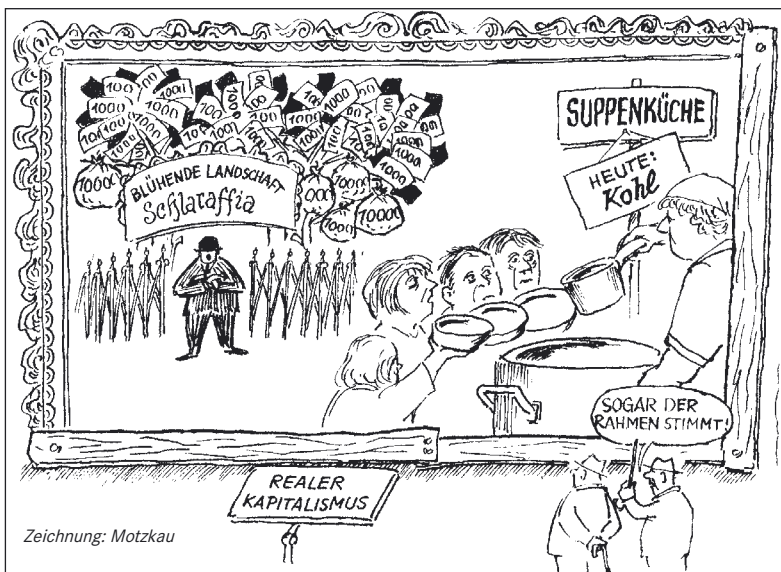
Den letzten Sonnabend im Oktober verbrachten Bezirksvorstand, Bezirksverordnete, Abgeordnete und Mitglieder der Arbeitsgruppe Analyse genau mit solchen Fragen, mit dem Nachdenken über unsere weitere Arbeit in Auswertung der großen Mitgliederbefragung in unserer Bezirksorganisation. An ihr hatten sich 798 Mitglieder beteiligt. Auf die Hinweise, Kritiken, Vorschläge, Befindlichkeiten,

welche sich aus der Mitgliederbefragung ergeben, müssen wir mit neuen Themen, mit besserer Öffentlichkeitsarbeit, mit mehr Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern, mit klarer linker Politik reagieren. Dabei sollten

für Bezirkspolitik, für linke Bezirkspolitik interessieren und mit ihnen gemeinsam unsere Lebensbedingungen gestalten können. Und das geht bestimmt nicht ohne Veränderungen innerhalb der Bezirksorganisation, um

effektiver miteinander zu arbeiten und neue Mitglieder und Sympathisanten in die „Parteiarbeit“ zu integrieren. Eine Arbeitsgruppe unter Regie des Bezirksvorsitzenden Norbert Seichter wird an der Präzisierung der Materialien arbeiten. Über die Schlussfolgerungen wird am 19. Januar 2008 die Hauptversammlung entscheiden. Die Vorschläge dafür werden Anfang Dezember für die Diskussion in den Basisgruppen bereitgestellt. Denn für die Realisierung der Ideen, wenn es ums „Machen“ geht, bedarf es am Ende der breiten Unterstützung der Genossinnen und Genossen auch aus den Basisgruppen.

Marina Richter-Kastschajewa



wir nicht unbedingt die Besteigung des Kilimandscharo vor Augen haben, denn hier in Marzahn-Hellersdorf, darauf verwies ein Genosse treffend, wohnen die Leute um den Kienberg.

Für die Vorbereitung der Klausur hatte der Bezirksvorstand vier Arbeitsgruppen gebildet. Sie stellten erste Ergebnisse zur Debatte. Gesucht werden kurzfristige, mittelfristige und langfristige zu lösende und abrechenbare Aufgaben und Ziele. Es geht um die Frage, wie wir mehr Bewohnerinnen und Bewohner

Was gibt's noch?

Seite 2:

Im Gedenken an Gisela Rörster / Petra Pau: ÖBS statt Hartz IV

Seite 3:

Harald Wolf zu Gast beim LINKEN WIRTSCHAFTSFORUM Marzahn-Hellersdorf

Seite 4:

Von Eisentraut, Offenbach und Schwaen / Freizeitforum - Zukunft gesichert

Seite 5:

Ringkolonnaden / Siedlungsgebiete

Seite 6:

In eigener Sache: Antisemitismus in der DDR / Post an uns: Ost-Tangente

Seite 7:

Jugendseite

Seite 8:

Tipps und Termine

DIE LINKE.

Im Gedenken an Gisela Rörster

Ihr Herz schlug für Kuba bis zuletzt

Nach langer schwerer Krankheit starb im September dieses Jahres unsere Genossin Gisela Rörster.

Die Mahlsdorferin war vielen bekannt als Mitglied der bezirklichen Finanzrevisionskommission unserer Partei und aktive Freundin Kubas.

Kuba war die zweite Heimat der Rörsters. Viele Jahre waren sie dort, zum Teil mit den Kindern, die bis zur 6. Klasse eine DDR-Schule besuchen konnten. Einer ihrer Söhne, Thomas, wurde in Havanna geboren. Und das auch noch am 8. März! Sie konnten sich selbst durch eigene und Behandlung ihrer Kinder vom hohen Stand des kubanischen Gesundheitswesens überzeugen.

Gisela stammte aus einer antifaschistischen Arbeiterfamilie in Leipzig. An der Hochschule für Außenhandel in Berlin lernte sie ihren Ehemann kennen.

40 Jahre arbeitete sie dann im Außenhandel. Dienstreisen führten sie in die Sowjetunion, nach Polen und Jugoslawien. 30 Jahre war sie für Kuba tätig, 11 Jahre vor Ort. Ihre Arbeitsmöglichkeit als Leiterin des technisch-kommerziellen Büros von Robotron in Havanna verdankte sie ihrer Ausbildung als Außenhändlerin und ihren Sprachkenntnissen. Mit dem „Schicksal“ der anderen DDR-

Frauen, ohne Arbeit als „mitreisende Ehefrau“ die Zeit in Kuba zu verbringen, hätte sie sich nur schwerlich abfinden können.

Gisela war verantwortlich für den Export von



Gisela Rörster

Foto: privat

Robotron, u.a. für die Installation von sieben Großrechnern in Kuba. Sie war in Kuba eine angesehene und vertrauenswürdige Verhandlungsführerin. Noch heute erinnert man sich in Havanna an die Compañera

Gisela, die Land und Menschen liebte und durch ihr politisches und internationalistisches Auftreten hohes Ansehen genoss. In einem bewegenden Kondolenzschreiben würdigte der Botschafter der Republik Kuba, Gerardo Peñalver Portal, Genossin Rörsters professionelle Hilfe und solidarische Unterstützung für die kubanische Revolution vor

Ort und ihr Engagement in der Bundesrepublik bei vielen Veranstaltungen und Spendsammlungen.

Freunde Kubas in unserem Bezirk organisierten sich Anfang der 90er Jahre im „Freundeskreis Kuba“ und traten aktiv durch Solidaritätsveranstaltungen in Berlin auf, immer unterstützt durch Cuba sí und die kubanische Botschaft in Berlin. Durch Geldsammlungen, Beschaffung von Fahrrädern, Brillen und anderen für Kuba nützlichen Dingen halfen sie, Kuba zu unterstützen. Gisela war mit den anderen Kubafreunden aktiv dabei. Ihr Mann Hans dazu: „Ein Platz im Wirken Giselas für Kuba war auch die Erläuterung und Propagierung Kubas Politik und sozialistischer Entwicklung einschließlich deren Wirkung in Lateinamerika und Afrika in ihrer ‚neuen‘ deutschen Heimat. Die Rolle der BRD im Rahmen der EG-Politik gegenüber Kuba gab Gisela mannigfaltige Möglichkeiten, als Kommunistin, Internationalistin und Genossin aufzutreten. Die BRD als Satellit der USA und deren Boykottpolitik darzustellen, erfordert schon Courage. Und die hatte sie!“

Bevor sie starb, weilten ihre Gedanken auch bei zahlreichen Freunden in Kuba, mit denen sie jahrzehntelang Kontakte unterhielt. Bis zuletzt beschäftigte sie außer der Familie auch der weitere Weg Kubas.

Sabine Behrens

Petra Pau (MdB): ÖBS statt Hartz IV

„Kommt nach Hartz IV nun Beck I?“ Bestimmt hatte die Rundfunkreporterin lange an diesem Wortspiel gebastelt. Nur, wie sagt der Volksmund: „Dicht daneben ist auch vorbei!“ Richtig ist: Die SPD will älteren Arbeitslosen wieder länger das so genannte Arbeitslosengeld I zahlen. Die Linkspartei war immer dagegen, ausgerechnet Ältere dafür zu bestrafen, dass sie arbeitslos werden. Insofern ist „Beck I“ gut und richtig. Aber das ändert nichts an „Hartz IV“. Die Philosophie der so genannten Arbeitsmarktreform unterstellt: Arbeitslose sind faul und raffgierig. Deswegen müsse man ihnen Beine machen und sie zugleich finanziell klamm halten. An dieser würdelosen Schnapsidee ändert auch der aktuelle Image-Trip der Beck-SPD nichts.

jetzt Neuigkeitenbrief bestellen:

http://www.petrapau.de/cgi-data/newsletter/abo_form.html

Zugleich bot die innerparteiliche SPD-Debatte durchaus auch Stoff für Kabarettisten. Kurt Beck tadelte „Hartz IV“ und adelte zugleich Ex-Kanzler Gerhard Schröder für ein Werk. Der hatte Tage später einen ähnlichen Gag parat. „Hartz IV ist keine Bibel und niemand möge sich

daher als Moses aufspielen, auch nicht Franz Müntefering.“ Das sagte ausgerechnet Zeus-Enkel Schröder.

Bei so vielen herzhaften Geschichten wollten die Grünen natürlich nicht abseits stehen. Das Arbeitslosengeld II müsse endlich auf über 400 Euro angehoben werden, so ihr aktuelles Plädoyer. Das aber hatte DIE LINKE bereits gefordert, als sie noch PDS hieß. Damals meinten die Spitzen-Grünen allerdings forsch regierend: „Von 325 Euro kann man im Osten gut leben!“ Aber auch die Grünen-Pläne entgifteten „Hartz IV“ natürlich nicht. Sie würden bestenfalls die Not lindern, die „Hartz IV“ schafft. Dafür bin ich immer. Aber das reicht nicht.

Rot-Rot in Berlin wagt mit einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, kurz ÖBS, einen alternativen Ansatz. Dafür werbe ich seit über zehn Jahren.

Aktuell federführend sind die Senatoren der LINKEN, Heidi Knake-Werner und Harald Wolf. Dank ÖBS erhalten vordem Langzeitarbeitslose 1.300 Euro. Sie sind sozialversichert. Und ihre Stellen sind nicht auf ein halbes Jahr befristet. Die so Beschäftigten sollen Dienste leisten, die

es ansonsten nicht gäbe und trotzdem gesellschaftlich nötig sind. Und sie arbeiten jenseits der Profitlogik. Bekommt nach „Hartz IV“ also nun „DIE LINKE I“ eine Chance? Ich bin überzeugt: besser wär's, bundesweit!

Bei anderen gelesen:

Zitat der Woche unter
<http://zitate.net/>

Hohe Bildung kann man dadurch beweisen, dass man die kompliziertesten Dinge auf einfache Art zu erläutern versteht.

George Bernard Shaw

26.07.1856 - 02.11.1950

irischer Dramatiker,

Schriftsteller und

Nobelpreisträger

DIE LINKE und das Thema Wirtschaft

Harald Wolf zu Gast beim LINKEN WIRTSCHAFTSFORUM

Unser zweites Unternehmerfrühstück, im Oktober, unter der Leitung von Petra Pau, war wieder gut besucht. Etwa 60 UnternehmerInnen nahmen daran teil. OWUS wurde offiziell vertreten durch Dr. Rolf Sukowski. Anwesend waren u.a. Wirtschaftsstadtrat Christian Gräff (CDU), der Stadtrat für Ökologische Stadtentwicklung, Norbert Lüdtke (LINKE), der Stellvertreter der Vorsteherin der BVV, Norbert Eyck (CDU), der Geschäftsführer des Marzahn-Hellersdorfer Wirtschaftskreises, Erich Asmus, für die WBG Marzahn Matthias Bahlo, Leiter Kundenzentrum, und Uwe Klett. Senator Harald Wolf sprach sachkundig und konkret über die von den Teilnehmern des 1. Unternehmerfrühstücks gewünschten Themen: Was hat das Berliner Mittelstandspaket bisher gebracht und wie geht es weiter? Wie kommen kleine und mittelständische Berliner

Zum Thema Kommunales Eigentum berät am Samstag, dem 24. November, die Bundesarbeitsgruppe Wirtschaftspolitik der LINKEN. Beginn 10.30 Uhr - ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1.

Unternehmen unkomplizierter als bisher zu Krediten der Investitionsbank Berlin? Wie wird verhindert, dass der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor (ÖBS) Aufträge und damit Arbeitsplätze bei Berliner Unternehmen gefährdet? Wäre die Ansiedlung öffentlich geförderter Stellen bei Unternehmen eine Lösung? Dabei konzentrierte sich die Diskussion auf Ziel und Wirkung (Zusätzlichkeit - Verdrängung kleiner Unternehmen - Zugangsbedingungen - wirtschaftliche/soziale Aspekte). Der Vorschlag „Ausschreibung der Stellen“ scheidet laut Senator Harald Wolf an gesetzlichen Regularien. Aufmerksamkeit fand das Thema Tangentialverbindung Ost - Bahnanbindung des Nord-Ost-Raumes Berlin und Umland. Vom Forum wurden folgende Themen aufgegriffen: Einrichtung eines ganzheitlichen Bezirks-Unternehmerportals, Einrichtung einer Beschwerdestelle/Kreditgewährung, um Entscheidungen der Bank überprüfen zu können. Das nächste Unternehmerfrühstück ist für Januar 2008 geplant. Unsere Zielsetzung dabei ist, konkret und ergebnisorientiert zu diskutieren. Beim anschließenden Frühstücksbuffet bei Schmalzstullen und sauren Gurken wurden

LINKES WIRTSCHAFTSFORUM Marzahn-Hellersdorf sucht MittstreiterInnen:

Wer hilft mit bei

- Vorbereitung und Auswertung des Unternehmerfrühstücks mit Petra Pau und Dagmar Pohle
 - Maßnahmen zur Anerkennung der Berufsabschlüsse von AussiedlerInnen und anderen MigrantInnen
 - verschiedenen Jugendprojekten - Schülerfirmen, Bürgersolar usw.?
- Um die guten Ideen des LINKEN WIRTSCHAFTSFORUMS umzusetzen, brauchen wir engagierte GenossInnen und SympathisantInnen.

Bitte meldet Euch in der Geschäftsstelle, bei der BVV-Fraktion oder bei Erika Maier
Tel.: 54 11054 oder maier-erika@arcor.de

intensive Gespräche geführt. Viele nutzten die Kontaktmöglichkeit zu Senator Harald Wolf.

Heidi Wagner

Mitglied LINKES WIRTSCHAFTSFORUM
Marzahn-Hellersdorf

DIE LINKE ist gegen Privatisierungen – ist sie das?

Das klingt zunächst wie eine einfache Frage, deren Beantwortung für die LINKE klar und eindeutig sein sollte. Sie verführt zu schlichten Feststellungen. Streiten wir nicht schon seit Jahren gegen die Privatisierung von Gas, Wasser und Strom, wie sie von der CDU/SPD-Vorgängerregierung in Berlin zum großen Schaden der Bürger und des Landes durchgesetzt worden ist? Kämpfen wir nicht sogar für die Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe? Und rechnen wir es uns nicht als großen Erfolg an, dass die Berliner Sparkasse eben nicht an einen Finanzinvestor verkauft worden ist, sondern an den gemeinwohlorientierten Sparkassen- und Giroverband? Ist nicht der Streit um die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften in Berlin zwischen der LINKEN und Senator Sarrazin maßgeblich in unserer Ablehnung weiterer Privatisierungen begründet? Ganz zweifellos: Die Auseinandersetzung um Privatisierungen bestimmt viele öffentliche Debatten in Berlin, und vielfach sagt die LINKE aus guten Gründen „Nein“ zu solchen Vorschlägen. Das ist die eine Seite der Medaille.

Bei näherer Betrachtung, erweist sich aber auch, dass das politische Agieren der LINKEN widersprüchlicher ist und gelegentlich in offenkundigem Gegensatz zu einer eindeutigen und dogmatischen Absage an Privatisierungen steht. In der aktuellen Praxis überträgt

der von der Linkspartei geführte Bezirk Lichtenberg seine kommunalen Jugendeinrichtungen in Freie Trägerschaft – und privatisiert diese Aufgaben damit ebenso, wie zuvor schon der Bezirk Marzahn-Hellersdorf seine Jugendeinrichtungen. DIE LINKE wirbt intensiv für den Verkauf von öffentlichen Wohnungen an Mietergenossenschaften, weil ihr kollektives Eigentum zukunftsfähiger zu sein scheint als staatliches, und sie stimmt dem Verkauf öffentlichen Eigentums, beispielsweise der Königlich Preußischen Porzellanmanufaktur KPM, ebenso zu wie dem der landeseigenen Gewerbesiedlungsgesellschaft GSG. Ideologische Irrtümer? Opportunistische Unfälle? Was ist der politische Leitgedanke, der die widersprüchliche Realität zu versöhnen vermag?

Meine Position lautet, dass DIE LINKE sich gegen die private Verfügung und Kontrolle gesellschaftlicher Grundbedürfnisse einsetzen und die Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge in staatlicher Hand und unter demokratischer Kontrolle einfordern sollte – beispielsweise von Gas, Wasser und Strom. Bedürfnisse aller Menschen und natürliche Monopole (wie die Wasserversorgung) sollten privatem Profitstreben nicht un-

terworfen werden! Diese grundsätzliche und kompromisslose Haltung bedeutet aber nicht zugleich, dass alle Aspekte gesellschaftlicher Tätigkeit oder entsprechende Aufgaben vollständiger staatlicher Kontrolle und öffentlicher Trägerschaft bedürftigen – zumal diese auch erhebliche Risiken bergen können (Bankgesellschaft Berlin). Weder in der Praxis noch in der sozialistischen Theorie hat sich ein derartiger Dogmatismus bisher bewährt. Öffentlich oder privat ist für mich daher vor allem eine Frage der Wichtigkeit von Aufgaben und Leistungen für die Gesellschaft und jede/n Einzelne/n: Unverzichtbares muss in öffentliche Trägerschaft, Wichtiges unter staatliche Aufsicht; Fragen, die ohne gesamtgesellschaftliche Bedeutung oder mit unternehmerischen Risiken verbunden sind, können und sollen privat(rechtlich) erledigt werden. Das ist eine klare, wenn auch flexible, politische Haltung zur Privatisierung und eine, zugegebenermaßen, komplizierte Antwort auf eine einfache Frage.

Carl Wechselberg (MdA)

Dieser Artikel wurde auf Wunsch der Redaktion von **Carl Wechselberg** geschrieben. Bisher waren in dieser Reihe bereits folgende Beiträge zu lesen: **Klaus-Jürgen Dahler** zum Thema „Strategie und Taktik“ in Nr. 9/2007, **Gabriele Hiller** und **Uli Clauder** mit Interview zum Thema „Was können wir von unseren Abgeordneten erwarten – und was nicht?“ in Nr. 10/2007.

Von Eisentraut, Offenbach und Schwaen ...

BVV will Aufwertung, keinen Totalabriss der Ringkolonnaden

Zu Beginn der Sitzung der BVV gedachten die Verordneten des Anfang Oktober verstorbenen Komponisten Kurt Schwaen. Kulturbezirksstadtrat Komoß (SPD) würdigte Schwaens Wirken und rief dazu auf, sein Lebenswerk lebendig zu halten.

Ringkolonnaden

Der BVV lagen Anfragen der LINKEN, der SPD sowie der CDU zu den Ringkolonnaden vor. In der Debatte wurde deutlich, dass es allen fragenden Fraktionen um den erhaltenden Umbau des Quartiers geht. Peter Lemke machte für die LINKE deutlich, dass dieses architektonische Ensemble von Wolf Eisentraut keinem Totalabriss zum Opfer fallen dürfe.

Die BVV beschloss einen Antrag der LINKEN, sich gegenüber dem Senat und der DEGEWO/WBG Marzahn dafür einzusetzen, das Ausschreibungsverfahren für Abrissmaßnahmen sofort auszusetzen. Außerdem fand ein Antrag der SPD eine Mehrheit, das Bezirks-

amt in seinen Bemühungen zu unterstützen, den dortigen Grundschulstandort zu einer Stadtteilschule umzubauen.

Geschichte

Mehrheitlich beschloss die BVV die Wiederherstellung einer Gedenktafel für Nguyen Van Tu. Der junge Vietnamese wurde 1992 von einem Neo-Nazi erstochen.

Weiterhin nahmen die Verordneten die Benennung einer Straße nach Jurek Becker zur Kenntnis.

Ursprünglich hatte die SPD einen Antrag auf Benennung einer neuen Straße nach Jacques Offenbach gestellt. SPD, Bündnis-Grüne, FDP und LINKE einigten sich letztlich auf einen gemeinsamen Änderungsantrag, einen Platz im Mahlsdorfer Musikerviertel nach Offenbach zu benennen und eine Gedenktafel für alle von den Straßenschildern getilgten KünstlerInnen anzubringen.

Bjoern Tielebein

Infosplitter

- Das Bezirksamt hat mit dem **Theater am Park** (TaP) einen neuen Nutzungsvertrag mit einer Laufzeit von fünf Jahren unterzeichnet. Danach wird keine Miete gefordert, der TaP-Verein muss jedoch für die Bewirtschaftungskosten, Unterhaltung und Sanierung des Gebäudes aufkommen. Nicht notwendige Gebäude wurden aufgegeben.

- Über den Liegenschaftsfonds des Landes Berlin sind durch **Grundstücktausch** die Flächen von mehreren ehemaligen KITAS an die Wohnungsbaugesellschaft Stadt und Land übertragen worden. Diese errichtet auf den Teilen der Grundstücke, auf denen sich jeweils das Kitagebäude befunden hat, Garagen für Mieter. Die nicht bebauten Grundstücksteile bleiben als Grünflächen erhalten. Es handelt sich um die Grundstücke Hermsdorfer Straße 11, Lily-Braun-Straße 13-15, Senftenberger Str. 12-14, Bodo-Uhse-Straße 8-10 und John-Heartfield-Straße 12.

- Die **Apotheke** am Helene-Weigel-Platz hat den Besitzer gewechselt. Dieser führt zurzeit umfangreiche Sanierungsarbeiten, auch an der Außenhülle durch. Nach Beratungen im Bezirksamt und mit der Unteren Denkmalschutzbehörde wurde beschlossen, das am Gebäude befindliche Mosaik mit dem Dämmmaterial zu überbauen, da eine Abtragung zu teuer wäre und es keine Garantie gibt, dass es unbeschädigt bleiben würde. Dadurch ist es zwar nicht mehr sichtbar, bleibt aber erhalten.

- Am 21. September 2007 fand eine Fachtagung zur **Renaturierung des Wuhletals**

statt. Was selten vorkommt, nicht nur der Vertreter der zuständigen Senatsverwaltung und der Vertreter des mit der Planung und Ausführung der Arbeiten beauftragten Ingenieurbüros zeigten sich mit dem Ergebnis zufrieden, sondern auch die zahlreich anwesenden Umweltschützer der Arbeitsgruppe der Lokalen Agenda 21. Auf der gesamten Länge der Wuhle in unserem Bezirk wurden Schlamm und Schotter entfernt, die Sohle angehoben und das Bett mit grobem Kies ausgelegt, die Böschungen wurden erneuert und werden bis Ende des Jahres begrünt und bepflanzt, zwei neue Fußgängerbrücken wurden gebaut.

- Die Arbeiten zur Gestaltung des **Altlandsberger Platzes** sind fast abgeschlossen. Für die Markthalle in diesem Wohngebiet gibt es nach wie vor keinen Betreiber.

- Das **Kino „Sojus“** ist versteigert worden, ohne dass das Bezirksamt über den Vorgang Kenntnis hatte, die letzte Kinovorstellung lief bereits.

- Das seit längerer Zeit leer stehende **Schulgebäude** in der Mark-Twain-Straße wird wieder für den Schulbetrieb hergerichtet, neue Fenster wurden bereits eingebaut.

Renate Schilling

Mehr LINKE im Internet:
die-linke.de
die-linke-berlin.de
dielinke-marzahn-hellersdorf.de
petrapau.de

Freizeitforum Marzahn – Zukunft gesichert

Bezirksstadträtin Manuela Schmidt, u.a. zuständig für das Freizeitforum Marzahn, konnte am letzten Oktobertag eine wichtige Etappe in Richtung weiterer Zukunft des Freizeitforums Marzahn (FFM) abschließen. Gemeinsam mit Herrn Ruhnke von der GSE unterzeichnete sie den Geschäftsbesorgungsvertrag, der vom 1.1.2008 bis 31.12.2012 Gültigkeit hat. Der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses hatte dieser Vertragsunterzeichnung seine Zustimmung gegeben und gleichzeitig den Verpflichtungsermächtigungen für den Kultur- und Sportbetrieb sowie für die Bibliothek und das Kinder- und Jugendzentrum FAIR. Alle Genehmigungen sind eingeholt und erteilt worden, das Geld auf den Konten des Bezirksamtes. In diesem Jahr noch wird mit den notwendigen Baumaßnahmen an den Aufzügen begonnen. Der Bezirk stellt bis 2012 jährlich Mittel für den Kultur- und Sportbetrieb zur Verfügung sowie die Bewirtschaftungsentgelte für die Bibliothek und das FAIR. Unter diesen Bedingungen kann das FFM auch weiterhin, wie bisher, qualitativ hochwertige kulturelle Angebote sichern, für Kindervorstellungen für 3,50 bis 5 Euro und Angebote für Erwachsene von 8 bis 20 Euro. Der Erhalt des FFM als Kultureinrichtung ist auf den Weg gebracht, ein gemeinsamer Erfolg von BürgermeisterInnen, „alten“ und neuen StadträtInnen, Verordneten der BVV und Abgeordneten der LINKEN.

Renate Schilling

Bezirksvorstand der LINKEN in Marzahn-Hellersdorf

Auf der Hauptversammlung am 16. September 2007 wurde für die erste Wahlperiode der Partei DIE LINKE im Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf ein neuer Vorstand gewählt, dem angehören:

Vorsitzender:
Norbert Seichter

Stellvertretende Vorsitzende:
Sabine Schwarz
Bjoern Tielebein

Mitglieder:
Sandra Beyer
Ulrich Clauder
Leonore Held
Bärbel Holzheuer-Rothensteiner
Wilfried Maier
Bernd Preußner
Yvette Rami
Marina Richter-Kastschajewa
Norbert Lütcke
Manuela Schmidt
Heide-Lore Wagner
Klaus-Dieter Wendt

Ringkolonnaden

als Eckpunkt der städtebaulichen Struktur Marzahns erhalten

Seit Monaten ringen PolitikerInnen der LINKEN um den Erhalt der Ringkolonnaden. Auf unsere Initiative hin ist eine „Stadtumbauwerkstatt“ installiert worden, in der Konzepte zum Stadtumbaugebiet an der Ludwig-Renn-Straße und der Mehrower Allee erarbeitet werden sollen. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, die DEGEWO und der Hauptausschuss im Abgeordnetenhaus hatten den allein aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen begründeten Abrissen von Wohnungen bereits zugestimmt. Der Bezirk hatte dagegen dem Abriss an der Mehrower Allee widersprochen.

Die Situation ist also kompliziert, uns geht es vor allem um die Durchsetzung des Koalitionsvertrages: „Abriss und Rückbau von Wohngebäuden erfolgt aus städtebaulichen Gründen.“ Die städtebaulichen Gründe sprechen für den Erhalt: Die Ringkolonnaden bilden den nördlichen Abschluss des städtebaulichen Rückgrates der Großsiedlung, von der Marzahner Promenade, über das Freizeitforum und den Bürgerpark.

In der Stadtumbauwerkstatt haben sich mittlerweile mehrere Gutachter dafür ausgesprochen, die Wohngebäude an der Mehrower Allee entweder nur teilweise abzureißen oder an den platzseitigen Baugrenzen neu zu errichten. Die Fraktion der LINKEN im Abgeordnetenhaus hatte in einem eigenen Gutachten eine Lösung vorgeschlagen, die Wohnblöcke an der Ludwig-Renn-Straße und an der Mehrower Allee in einzelstehende 3- bis 4-geschossige Stadthäuser mit flexiblen Grundrissen für Sonderwohnformen rück- und umzubauen. So könnte ein großes Abriss- und Entschuldungspotenzial erbracht werden, ohne die städtebauliche Struktur aufzulösen. Als Kompromiss hat sich in der Stadtumbauwerkstatt ein selektiver Rückbau der Mehrower Allee und der Abriss der Gebäude an der Ludwig-Renn-Straße abgezeichnet.

Die DEGEWO hat sich bislang an der Stadtumbauwerkstatt nicht beteiligt, stattdessen auch den Abriss der Mehrower Allee ausgeschrieben. Wir fordern die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung auf, den Koalitionsvertrag durchzusetzen, die DEGEWO zur Mitwirkung an der Stadtumbauwerkstatt und zur Aussetzung der Abrissarbeiten zu drängen. Möglicherweise hilft nun ein privater Investor, der Eigentümer der früheren Post, bei der Umsetzung unserer Ziele. Er hat Interesse bekundet, die Wohngebäude an der Mehrower Allee von der DEGEWO zu erwerben und sie nur zum Teil abzureißen.

Für den Nord- und Südflügel der Ringkolonnaden ist dagegen der Bezirk zuständig. Das Bezirksamt folgt dem Koalitionsvertrag: „Umgestaltung und neue Nutzungen haben

im Programm Stadtumbau Ost Vorrang vor Abriss von nicht mehr benötigten Infrastruktureinrichtungen.“ Deshalb hält der Bezirk an der öffentlichen Nutzung des Nordflügels fest und drängt auf den Einsatz von Aufwertungsmitteln und auf ein transparentes Verfahren, Betreuung und Nutzung durch gemeinnützige Träger zu erneuern. Ebenso will der Bezirk am Südflügel eine öffentliche Nutzung reali-

sieren. Eine Möglichkeit könnte eine moderne, stadtteilorientierte Ganztagschule sein.

Die Empfehlungen der Stadtumbauwerkstatt erwarten wir im November.

Thomas Flierl (Mda)
Norbert Lüttke (BzStR)
Margrit Barth (Mda)

Musik und Politik im Schloss

Schmalzstullen gab's und Spreewaldgurken. Jazz und Blues der wilden 20er Jahre, mitreißend gespielt von „Mick's Washboard“-Band, ließen die Beine der Gäste wippen. Und Gespräche gab's diesmal, am 5. Oktober, mit Bärbel Holzheuer-Rothensteiner und Carl Wechselberg aus der Fraktion der LINKEN im Berliner Abgeordnetenhaus und natürlich mit Gastgeberin Regina Kittler aus unserer BVV-Fraktion.

Über die „große“ Berlinproblematik, z.B. die „Tangentialverbindung Ost“ (TVO), informierte Carl Wechselberg, der auch deutlich machte, - da ging's dann um die „kleine“ sprich Bezirkspolitik -, dass dieses Verkehrsvorhaben auch immens große Bedeutung für den Alltag vieler Marzahner und Hellersdorfer habe, vor allem aber auch für das angestrebte Wirtschaftswachstum unseres Bezirks.

Kiezbezogene Fragen gab es natürlich auch, u.a. zu den sich länger hinziehenden Straßenarbeiten am Grabensprung. Und weil keiner der Anwesenden zu einem solch konkreten Problem ausreichend informiert war - keine der sonst üblichen La-La-Erklärungen, sondern die Zusage von Regina Kittler, sich darum zu kümmern. Und wer sie kennt, weiß, dass sie das mit aller Vehemenz auch tun wird.

Alle Vierteljahre lädt Regina Kittler zu „Musik und Politik“ ins Schloss Biesdorf ein. Das nächste Mal, Anfang kommenden Jahres, werden dann unsere Bezirksstadträte Gesprächspartner sein.

Mein Fazit: Wer dieses „Event“, wie man heutzutage so schön auf Deutsch sagt, verpasst, ist selber schuld.

Horst Schubert

Aus den Siedlungsgebieten:

Bezirk entwickelt Siedlungsgebiete weiter

Zur Weiterführung des Konzeptes der sozialen Stadt im Bezirk Marzahn-Hellersdorf gehört aus Sicht der LINKEN in der BVV Marzahn-Hellersdorf auch die Weiterentwicklung der Infrastruktur in Biesdorf, Friedrichsfelde-Ost, Mahlsdorf und Kaulsdorf. Deshalb werden in den Beratungen der Fachausschüsse und des Ausschusses Siedlungsgebiete und Verkehr sowie im Plenum der BVV durch uns zielgerichtet Anträge und Beschlüsse initiiert. Dabei werden wir auch weiterhin Bürgerinnen und Bürger einbeziehen und die direkte Demokratie befördern. So wird das Bezirksamt in Umsetzung des BVV-Beschlusses vom 22. März 2007 die bisher durchgeführten Einwohnerversammlungen fortführen. Hier können wir uns zugleich über die Weiterentwicklung des Konzeptes eines Bürgerhaushaltes für die Ortsteile der Siedlungsgebiete verständigen. In **Biesdorf finden am 27. Februar 2008, in Kaulsdorf am 12. März 2008 und in Mahlsdorf am 23. April 2008** Bürgerversammlungen mit dem Bezirksamt und VertreterInnen der BVV statt. Auf Anregung der BVV informierte das Bezirksamt in der Septembersitzung 2007 über die Entwicklungen von Kindertagesstätten im Ortsteil Biesdorf. Hier liegt der Bedarf

gegenwärtig bei 465 Plätzen. Die bisher entwickelte Kapazität für die jüngsten Biesdorfer liegt bei 482 Plätzen. Wartelisten liegen nicht vor. Wenn die Plätze damit auch ausreichend sind, so ist die Versorgungssituation wegen der ausgedehnten Stadtteilfläche noch nicht ausreichend. Nach Einschätzung der bezirklichen Stadtplaner ist hier auch weiterhin ein Neubau im Stadtteil anzustreben. Die BVV hat auf der Sitzung dem Bezirksamt empfohlen, die Schlaglöcher auf der Heerstraße, zwischen Schwabenallee und Köpenicker Straße zu schließen. Das Bezirksamt berichtete, dass es zur Sicherung des öffentlichen Fußweges vom S-Bahnhof Mahlsdorf eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet hat. Bereits im April 2007 beantragte das BA den schriftlichen Eintrag des Fußweges an der S-Bahn in das Straßenreinigungsverzeichnis der BSR. Diese ist jetzt mit der Reinigung beauftragt. Die gärtnerische Pflege wird seit August 2007 durch das Grünflächenamt des Bezirkes umgesetzt. Über eine Instandsetzung der Beleuchtungsanlage wird die Möglichkeit einer Investition durch die Senatsverwaltung geprüft.

Klaus-Jürgen Dahler
Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der BVV

Post an uns: Tangentialverbindung Ost (TVO)

In der Oktober-Ausgabe dieses Blattes war unter der Überschrift „Was spricht für die ‚Ost-Tangente‘ ein Beitrag von Carl Wechselberg (Mda) zu lesen? Dazu erreichten uns folgende Zuschriften:

Ist die Ost-Tangente ohne Alternative?

Carl Wechselberg sorgt sich um den Zuzug junger Familien, die die Zukunft Marzahn-Hellersdorfs bedeuten, falls die Ost-Tangente (TVO) nicht gebaut wird. Ich Sorge mich um die Zukunft, wenn die TVO gebaut würde.

Jeder redet von Klimaschutz. Mit dem Ausbau des Flughafens BBI auf die Kapazität von 20 Mio. Fluggästen und 1 Mio. t Fracht pro Jahr leistet sich Berlin aber eine Erhöhung des Ausstoßes von CO₂ um mind. 20 %. Und wie soll der Zubringerverkehr bewältigt werden? An der Autobahnanbindung wird gearbeitet, die Anbindung per Schiene bleibt lückenhaft. Man stritt sich lange um die Anbindung an Nord-Süd-Tunnel und Dresdner Bahn, Potsdam erhält eine Regionalbahnanbindung, was ist aber mit dem Osten Berlins und mit den „boomenden“ Regio-

nen Westpolens von Poznan bis Szczecin?

Es gäbe aber noch den Eisenbahnaeußerung mit bestehenden Anlagen und einer Trasse, die im Flächennutzungsplan ebenso freigehalten ist wie die der TVO. Man kann die Bahntrasse verknüpfen mit Ostbahn und Wriezener Bahn, könnte Nord-Süd-Tunnel und Hauptbahnhof im Havariefall umfahren und hätte eine leistungsfähige Regionalverbindung zwischen Berliner Nordosten und dem BBI. Vom Springpfehl wäre man z.B. in 20 Minuten in Schönefeld.

Erforderlich ist eine Verständigung zwischen Berlin, Brandenburg und auch Partnern in Polen und politischer Druck für ein nachhaltiges Verkehrskonzept für die Region. Das Gewerbegebiet Marzahn z.B. hätte Standortvorteile aufgrund seiner Lage zur Bahn. Baute man hinge-

gen die TVO, hätte dies Folgen: LKW verließen bei Blumberg die A10, mautfrei und um 40 km abgekürzt ginge es bis Schönefeld. Stausituationen, Staub, Lärm auf der TVO – Suchfahrten, mehr Verkehr auf allen Straßen drumherum als jemals zuvor.

Einfache Lösungen für die aktuellen Probleme an der Köpenicker Straße gibt es nicht. Man kann sie höchstens durch Tempolimit und Verkehrslenkungsmaßnahmen abmildern und zugleich den ÖPNV als Alternative stärken.

Frank Beiersdorff

Die Traumzauber-Tangente

Eine der großen Lebenslügen der Bundesrepublik Deutschland ist die These: „Was gut ist für die Wirtschaft, ist gut auch für das Volk.“ Die dabei gebrauchte Prämisse, eine Wirtschaft sei ohne Volk, z.B. arbeitendes Volk, denkbar, können wir trotz ihrer Pikanterie hier vernachlässigen. Denn hier geht es um die merkwürdigen Argumente eines linken Volksvertreters, die er, vermutlich im Banne der verführerischen Kraft dieser Behauptung, für den Bau einer Verkehrsader ins Feld führte. Wenn aus ihr schon nicht Milch und Honig fließen, so will sie nach seiner Ansicht doch zumindest Blutspender und Kuchenbäcker zugleich für Bezirk, Wirtschaft und Volk sein. Mehr noch: Wir verspielten ohne diese Anbindung an den künftigen Großflughafen Schönefeld sogar unsere Zukunft.

In Anbetracht der mit explodierenden Wirtschaftsprofiten und wachsendem Massenelend zum Himmel schreienden sozialen Gegenwart in diesem Lande frage ich, wer ist da mit „uns“ gemeint? Wohin spült die silberhelle Zukunft ihre klingenden BBI-Profiten? Carl Wechselberg will vermeintlichen ökonomischen Wohlstand von Brandenburg oder Treptow-Köpenick erkämpfen und den dicken Kuchen, der da am künftigen Riesenluftkreuz („vor unserer Haustür“) gebacken wird, fast wie eine „diebische Elster“ über die eigene Schwelle holen. Merke: „Selber essen macht fett“, bzw. O-Ton mit unterlegtem „Säbelrasseln“: „Niemand (sollte) verlangen, dass wir auf die Durchsetzung unserer vitalsten bezirklichen Interessen verzichten.“ Lernt man das im Abgeordnetenhaus?

Gerade vor dem Hintergrund, dass sich das BBI-Aufbaukonsortium mit seiner vom Wunschdenken diktierten und entsprechend gescheiterten Terminal-Ausschreibung abermals blamiert hat, hinterlassen die Offenbarungen Wechselbergs den Eindruck – gutmütig betrachtet – als wolle hier einer eine „Traumzauber-Tangente“ mit Lametta schmücken. Dass nebenbei Hunderttausenden Marzahn-Hellersdorfern der Daumen gezeigt wird, weil angeblich die Zukunft des Großbezirks in den Siedlungsgebieten (der „Dörfer“ – T.P.) liege, übersteigt indes das Maß meines guten Mutes. Wenn nämlich wirklich alles so zauberhaft mit einem „leistungsfähigen Verkehrszugang“ zu lösen wäre, hätte man die „Ortsumfahrung Ahrensfelde“ schon längst durch das Gewerbegebiet Wolfener Straße bauen können.

Torsten Preußing, 12689 Berlin

In eigener Sache: Thema Antisemitismus

Beratung des Bezirksvorstandes am 23. Oktober 2007

Die dem Thema Antisemitismus in der DDR gewidmete Ausstellung der „Amadeu Antonio Stiftung“ hat in unserer Partei und unter Sympathisanten und Sympathisantinnen der LINKEN eine Reihe von Diskussionen ausgelöst. In „Marzahn-Hellersdorf links“ veröffentlichten wir widerstreitende Meinungsäußerungen von V. Durnick, H. Schubert und P. Pau. Weitere Zuschriften erreichten uns nach der Oktober-Ausgabe (von H. Rubisch und weiteren; von T. Preußing, S. Behrens, J. Schindler.) Die Mitglieder des Bezirksvorstandes haben die vorliegenden Äußerungen auf der Beratung am 23.10. zur Kenntnis genommen, es gab dazu eine ausführliche Diskussion und folgende Ergebnisse:

- Der Bezirksvorstand ist in Verantwortung, den Diskussionsprozess aktiv zu führen und

zu unterstützen. Ziel der Veranstaltungen ist das Gespräch und der Erkenntnisgewinn.

- Der Vorstand erwartet von seinen Mitgliedern, dass sie sich die strittige Ausstellung ansehen. Die BVV hat bereits beschlossen, die Ausstellung nach Marzahn-Hellersdorf zu holen.

- Für spätestens Januar 2008 wird vom Bezirksvorstand eine Diskussions- oder Gesprächsrunde zu dem Thema „Antisemitismus in der DDR“ vorbereitet. Darum wird die Arbeitsgruppe Politische Bildung gebeten. Für die Diskussion sollten auch Sachkundige gewonnen werden. Verantwortlich für die Vorbereitung sind Sabine Schwarz und Dr. Wolfgang Girnus. Der BV hat das Thema am 27. November erneut auf der Tagesordnung.

Im Namen Redaktion:

W. Maier

90. Jahrestag der Russischen Revolution Ereignisse - Wirkungen

In diesem Monat jährt sich zum 90. Mal der Oktoberaufstand der Bolschewiki innerhalb der Russischen Revolution des Jahres 1917. Diesem Ereignis war am 9. Oktober der Veranstaltungsabend des Gesellschaftswissenschaftlichen Forums Marzahn im KulturGut gewidmet. Zum Thema sprach die vielfach ausgewiesene Spezialistin zur russischen Geschichte, Dr. Sonja Striegnitz. Sie konzentrierte sich auf die dramatischen Vorgänge im September und Oktober 1917 (alter Kalender), zu deren Bestandteilen die Zuspitzung der sozialen Situation in der Armee, auf dem Dorf und in den Städten gehörte. In dieser Situation gewann die Diskussion innerhalb der Bolschewiki an Bedeutung, ob die demokratische Revolution nach den Februarereignissen vollendet, also abgeschlossen sei. Lenin war dieser Überzeugung und drängte zum Aufstand; der Plan wurde am

16.10. mit Gegenstimmen vom ZK bestätigt: „Lenin wagte es.“ Damit wird auch der historische Platz des Oktoberaufstands umrissen: Er hat den sozialen Umbruch eingeleitet. Er erreichte aber den angestrebten Epochenwechsel nicht, wohl aber eine immense soziale und politische Polarisierung in der Welt. Im Folgenden wurden vor allem drei Fragen diskutiert: Sind es nur innere Defizite des Sowjetsystems, die den Zusammenbruch bewirkten; was sollte das Ziel der NÖP sein; in den 80er Jahren wurde in den theoretisch-politischen Diskussionen und Verlautbarungen das „Real“-existierende am Sozialismus betont; ist es möglich, dass auch in Führungskreisen ein anderer Sozialismus vorstellbar war? Außerdem wurde die Frage nach einem generellen Versagen der Arbeiterklasse aufgeworfen.

Dr. Ingrid Matschenz

Wieder keine Hilfe für die Menschen in Afghanistan

Am 12. Oktober beschloss der Bundestag, das Afghanistan-Mandat der Bundeswehr um ein weiteres Jahr zu verlängern. Ein Ende ist trotzdem nicht absehbar. Seit fast sechs Jahren wird versucht, das Land mit militärischen Mitteln zu befrieden.

Die Linksjugend Marzahn-Hellersdorf hält ein „weiter so“ für nicht tragbar. Es hat sich gezeigt, dass der Einsatz von Streitkräften in einem Land wie Afghanistan keinerlei Erfolge auf dem Weg zu Frieden und Demokratie mit sich bringt. Die einfache Logik, dass etwas nicht funktioniert, wenn es auch schon das letzte halbe Jahrzehnt nicht funktioniert hat, scheint der Bundesregierung und den Fürsprechern eines Bundeswehreinsetzes offenbar nicht einzuleuchten.

Statt militärische Mittel einzusetzen, welche immer auch den Eindruck einer Besatzungsmacht bei der Bevölkerung vermitteln, muss endlich der Weg eines zivilen Wiederaufbaus Afghanistans eingeschlagen werden. Wir sind davon überzeugt, dass nur der Auf- bzw. Ausbau von Schulen, medizinischer Versorgung, Straßen und Stromversorgung sowie die Aussicht auf einen gewissen Wohlstand durch die Möglichkeit, den Lebensunterhalt mit lohnender Arbeit zu verdienen, einen dauerhaften Frieden ermöglichen. Zivile Hilfsprogramme für besonders bedürftige und in diesem Zuge auch besonders gefährliche Regionen müssen intensiviert werden, anstatt immer neue Militäreinsätze durchzuführen.

Sicher ist es nicht möglich, unverzüglich die gesamten Streitkräfte abziehen. Jedoch muss endlich eine effektive Strategie entwickelt werden, wie einerseits Militär abgezogen werden kann und andererseits die Sicherheitslage für Bevölkerung und ausländische HelferInnen erhöht wird. Unterstützung aus der Bevölkerung finden Hilfsorganisationen nur vor, wenn Vertrauen existiert und eine Verbesserung der Lebenssituation zu bemerken ist. Nur dann sind die Menschen auch bereit, ausländische Organisationen und HelferInnen zu unterstützen und sie vor extremistischen oder terroristischen Gruppen zu schützen. Wenn dieses Vertrauen herrscht, kann auch der bis dahin noch stationierte letzte Panzer abgezogen werden.

Doch zu hoffen, dass diese Situation eintritt, ohne auch nur einen Teil der Streitkräfte aus Afghanistan abziehen, ist zutiefst naiv und suggeriert, dass erst einmal die Bewohner etwas tun müssen, bevor etwas für sie getan wird.

Christian Schwinge



Eine von SAVE THE CHILDREN geförderte Grundschule für Jungen in Basthaun.

C wie Chancengleichheit

Die Frage der Chancengleichheit stellt sich allen, die sich ein Bild von Gerechtigkeit gemacht haben. Die Dringlichkeit der Aufgabe für uns, jeder und jedem die Möglichkeit zu geben, nach dem individuellen Glück streben zu können, wächst mit dem andauernden Zerfall des Bildungssystems und der sozialen Sicherungssysteme. In keinem anderen westlichen Land hängt die Zukunft eines Menschen so sehr von der sozialen Herkunft ab wie in Deutschland. Doch auch die wachsende Gleichgültigkeit der Zivilgesellschaft, eben wegen der schlechten Situation, ist ein Problem. Wo Chancen nicht gleich verteilt sind, muss gerechter Geist erwachen in den Köpfen der Menschen. Denn wer die Gleichberechtigung der Menschen anerkennt, muss auch feststellen, dass Gleichheit in der Chancenverteilung herrschen muss. Jedes System muss sich daran messen lassen, wie gerecht die Verteilung aller Möglichkeiten in der Gesellschaft für jede einzelne ist. Denn wo einem Menschen Ungerechtigkeit durch Chancengleichheit widerfährt, muss Gerechtigkeit durch Chancengleichheit hergestellt werden.

Daniel Ch.

Kontakt zur Linksjugend:

Geschäftsstelle DIE LINKE
 Marzahn-Hellersdorf
Henny-Porten-Straße 10-12
12627 Berlin

Internet: www.linksjugend.org
 E-Mail: solid.ost@web.de

Treffen des Jugendverbandes jeden
ersten Donnerstag um 18:30 Uhr
 in der Geschäftsstelle

Wir sagen danke und bye-bye, Kino Sojus!

Am 17. Oktober 2007 zeigte das jeder MarzahnerIn bekannte Kino SOJUS seinen letzten Film. Seit 26 Jahren war es fester Bestandteil des Helene-Weigel-Platzes und ist für die meisten EinwohnerInnen Synonym für preiswertes Kino für alle.

Nach der Zwangsversteigerung des Kinos hat der neue Hamburger Besitzer dem bisherigen Betreiber gekündigt. Was aus dem Gebäude wird, ist jedoch ungewiss.

Das Kino SOJUS hatte vor allem eines: Preise, die auch für sozial benachteiligte Menschen

erschwinglich waren und die jedem und jeder ermöglichten, echtes Kino für wenig Geld zu erleben. Bei sonst üblichen Preisen von 8 bis 10 Euro in den Kinotempeln mit Mainstream-Programm war das SOJUS mit knapp 2 Euro und Programm-Kino eine echte Alternative.

Spannend bleibt, was aus dem Gebäude wird. Die Linksjugend Marzahn-Hellersdorf wird sich dafür einsetzen, das Objekt zu erhalten und mit dem neuen Besitzer ins Gespräch zu kommen. Wir brauchen eine Nachnutzung des Gebäudes und keinen Abriss. Das SOJUS ist ein historischer Teil



der Großsiedlung Marzahn. Es ist ein Stück lebendige Geschichte für viele Menschen, die seit Gründung des Stadtbezirkes dieses Kino kennen und lieben gelernt haben.

Bjoern Tielebein

Veranstaltungen:

» **11.11., 10.30 Uhr**, Kino „Kiste“, Heidenauer Str. 10, 12627 Berlin, »**Rummelplatz**« - Dr. Angela Drescher stellt den Roman von Werner Bräunig vor, den sie aus seinem Nachlass herausgegeben hat, Veranstalter: Buchhandlung im Kik, Steinstatt e.V., Peter-Weiss-Bibliothek, Eintritt: 6 Euro, ermäßigt 3 Euro.

» **13.11., 19 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, Marzahner Gesellschaftspolitisches Forum, **Diskussionsabend** zum Thema: „Südafrika auf dem steinigen Weg zur Regenbogennation. Umbrüche, Tendenzen, Widersprüche“, Referent: Gerd-Rüdiger Stephan, seit 2007 Leiter des Büros Südliches Afrika der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Moderation: Dr. Wolfgang Girnus. Eine Veranstaltung des Gesellschaftspolitischen Forums Marzahns im Verein „Helle Panke“, Eintritt: 1,50 Euro

» **18.11., 10.30 Uhr**, Peter-Weiss-Bibliothek, Hellersdorfer Promenade 24, 12627 Berlin, Dr. Rainer Gerlach stellt sein **neues Buch** vor: »Der Briefwechsel zwischen Peter Weiss und seinem Verleger Siegfried Unseld«, Veranstalter: Internationale Peter Weiss Gesellschaft und Peter-Weiss-Bibliothek, Eintritt: frei

» **21.11., 17 Uhr**, Kulturforum Hellersdorf, Carola-Neher-Straße 1, 12619 Berlin, **Petra Pau (MdB)**, Abgeordnete für den Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf, lädt ein zur Veranstaltung „Einer trage des anderen Last“

» **6.12., 10 Uhr**, Ehm-Welk-Bibliothek, Alte Hellersdorfer Straße 125, 12629 Berlin, **Bärbel Holzheuer-Rothensteiner (MdB)** liest im Rahmen einer **vorweihnachtlichen Lesereihe** vor Grundschulern

» **11.12., 19 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, Marzahner Gesellschaftspolitisches Forum, **Diskussionsabend** zum Thema: „Ihre Ehre ist nicht meine Ehre!“ (Karl Liebknecht), Referentin: Prof. Dr. Annelies Laschitzka, Moderation: Dr. Wolfgang Girnus. Eine Veranstaltung des Gesellschaftspolitischen Forums Marzahns im Verein „Helle Panke“, Eintritt: 1,50 Euro

Siegfrieds Frage**Der russische Bär brummt ...**

... gereizt und die westliche Welt ist darob empört.

Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) sieht 1.500 Kampfflugzeuge, 6.000 Panzer und 5.000 Artilleriegeschütze weniger vor, als die NATO gegenwärtig schon einsatzbereit hält.

Russland fühlt sich von dieser eklatanten Vertragsverletzung bedroht und will seinerseits den INF-Vertrag mit den USA von 1987 über den vollständigen Abbau der atomaren Kurz- und Mittelstreckenraketen kündigen.

Frage

Würde uns Deutschen erst dann wieder die Doppel-Gefahr bewusst, wenn unmittelbar neben den US-Raketensilos auf polnischem Gebiet russische neue Atomraketen bei Königsberg / Kaliningrad aufgestellt werden?

S.Scholz

Bezirksvorstand

» **13.11., 27.11., 11.12.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basistreffen

» **30.11.**, 18 Uhr Uhr, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin, zum Thema: „Soziale Stadt“

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **5.12.**, 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55
 » **6.12.**, 19 Uhr (BO Springpfuhl) Bürgerhaus, Marchwitzstr. 24/26
 » **6.12.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreis 3) Alt-Marzahn 64
 » **6.12.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12
 » BO Wahlkreise 1 und 2, Alt-Marzahn 64: bitte telefonisch erfragen

IG / Freundeskreis

» 15.11., 18 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba**
 » 22.11., 15 Uhr, Klubkeller, Alt-Marzahn 64, **IG SeniorInnen**

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Rentensprechstunde

» **19.11., 3.12., 17.12.2007, 7.1.2008** jeweils 10-12 Uhr in den Räumen des ver.di-Kieztreffs in den Ringkolonnaden, Mehrower Allee 28/30, Hilfe beim Antragstellen, Umgang mit Bescheiden

Sprechstunden

» **12.11., 15 - 17 Uhr**, **Dr. Gabriele Hiller** (MdB), Nordberliner Werkstätten, Böhlener Straße, 12627 Berlin

» **15.11., 15 - 17 Uhr**, **Bärbel Holzheuer-Rothensteiner** (MdB), Kino „Kiste“, Heidenauer Straße 10, 12627 Berlin: „Kulturwirtschaft - Das Aus für kleine Kinos?“

» **15.11., 19 - 21 Uhr**, **Wolfgang Brauer** (MdB), **Petra Wermke** (BVV), Kiekl, Rosenbecker Straße 25/27, 12689 Berlin

» **21.11., 14 - 16 Uhr**, **Petra Pau** (MdB), Vizepräsidentin des Bundestages, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, telefonische Anmeldung unter 99289380

» **26.11., 17 - 18 Uhr**, **Dr. Margrit Barth** (MdB), Kulturzentrum M-Ost, Mehrower Allee 28-30 (Ringkolonnaden), 12687 Berlin, telefonische Anmeldung unter 23252536

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12

(fon: 54 12 130/9953508 - fax: 99901561)

Offen: Montag 13 - 17 Uhr, Dienstag 9 - 17 Uhr, Donnerstag 9 - 19 Uhr, Freitag 9 - 15 Uhr

Geschlossen: mittwochs

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen solcher Beiträge vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, fon: 54 12 130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 5.11.2007. Auslieferung ab: 7.11.2007. **Druck:** Eigen gedruckt. „Marzahn-Hellersdorf links“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 6.12.2007 und am 10.1.2008.